

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Bezahlung im Voraus und durch die Post bezogen P. 12.—, im Voraus zahlbar. Für Vorkasse nehmen wir keine Postgebühren in Betracht. Unter Drucklegung stehen für Deutschland, Europa, das Caucase und Mittelmeergebiet sowie die übrigen deutschen Gebiete Preisen und Kursumen M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50/51

Die neuorganisierte Annoncenabteilung des Herrn Baum kostet 5.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das erste Wort 2.— M., das weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Verkaufte Anzeigen: Das erste Wort 1,50 M., das weitere Wort 1.— M., einschließlich Anfertigung. Das zweite Wort 1,50 M., das weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die sächsischen Gemeindevahlen Beginnende Einkehr

Die Stadtverordnetenwahlen in Sachsen haben wiederum, wie sich das bei allen anderen Wahlen der letzten vergangenen Monate schon gezeigt hat, die zunehmende Klassenscheidung zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse bewiesen. Für das proletarische Ganze ist die Situation vorläufig noch unbefriedigend; jene Elemente, die vor drei Jahren daran glaubten, daß der Sieg des Sozialismus entweder ganz ohne Arbeit oder durch das entschlossene Handeln eines kleinen Stoßtrupps errungen werden könnte, sind zum Teil wieder in die frühere Passivität verfallen und geben dadurch dem Bürgertum, das eine immer deutlicher sich zeigende Gemeinschaft der Interessen aufweist, billige Erfolgsmöglichkeiten. Die zahlenmäßige Schwächung der Arbeiterklasse wird aber aufgehoben durch die Tatsache, daß ihre Massen wieder auf den Boden des Klassenkampfes und der frühen sozialistischen Arbeit sich zurückfinden. Was dem oberflächlichen Beobachter also wie eine Niederlage erscheint, ist in Wirklichkeit das Zeichen dafür, daß der Gesamtprozess im Proletariat wieder eingeseht hat.

Bisher liegen uns folgende eigene Drahtmeldungen vor:

Leipzig, 14. November.

Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen ergaben 36 sozialistische und 36 bürgerliche Mandate. Die Wahlbeteiligung betrug 80 Prozent. Die U. S. P. D. erhielt 114 730 (Landtagswahl 11. November 1920 88 403), die S. P. D. 26 733 (23 825), die K. P. D. 20 846 (37 337) Stimmen. Die bürgerlichen Parteien erhielten insgesamt 187 388 (149 265), die sozialistischen Parteien insgesamt 172 309 (141 665) Stimmen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat sehr gut abgeschnitten, sie gewann gegenüber der Landtagswahl vor einem Jahre fast 35 000 Stimmen und dieser Zunahme ist es zu verdanken, daß das Ergebnis für den gesamten Sozialismus noch verhältnismäßig günstig ist. Die Rechtssozialisten konnten 2000 Stimmen gewinnen, die Kommunisten dagegen haben 6500 Stimmen gegenüber den Landtagswahlen verloren.

In Döschitz hat die U. S. P. D. 8 Sitze (1 gewonnen), die S. P. D. 1 Sitz, die Bürgerlichen haben 11 Sitze. In Grimma erzielten die Bürgerlichen 13, U. S. P. D. 7 Sitze, die Kommunisten haben ein Mandat.

Dresden, 14. November.

Die gestrigen Wahlen zu dem Dresdner Stadtverordnetenparlament verliefen für den Gesamtsozialismus unerfreulich. Nach allerdings noch ungenauen Berichten ergibt sich eine bürgerliche Mehrheit von zwei Sitzen. Bisher war das

Verhältnis umgekehrt. Die U. S. P. D. hat gegenüber den letzten Wahlen etwa 13 000 Stimmen gewonnen. Sie mußte im Jahre 1919 14 000 Stimmen gegenüber 27 000 Stimmen bei der gestrigen Wahl. Die Vergleichsmöglichkeit mit den Landtagswahlen ist am besten gegeben. Danach haben wir einen Gewinn von 12 800 Stimmen zu verzeichnen, wovon circa 2000 Stimmen für einzelleitete Vorortabteilungen sind. Die Wahlen zeigen also eine erfreuliche Auswärtsbewegung.

Jedenfalls wird das Bürgertum seines Pyrrhussieges nicht sehr froh werden, denn sieht man aus dem vorläufigen Resultat Rückschlüsse auf die Landtagswahl, so ergibt sich eine bedeutende innere Stärke der jetzt knappen sozialistischen Minderheit. Von den früher innegehabten 39 Mandaten erhielt die U. S. P. D. 29, die U. S. P. D. 8 statt 3, die K. P. D. 3 oder 4 statt 1.

In den Vororten Dresdens hat der Gesamtsozialismus und insbesondere die U. S. P. D. erfreuliche Fortschritte aufzuweisen. In der großen Gemeinde Gittersee zum Beispiel verdoppelte sich die Stimmenzahl der U. S. P. D. gegen die Wahl im vorigen Jahre, in Burg wurden nur Sozialisten gewählt und in Kleinnewendorf erhielten die Sozialisten 6 Sitze.

Vom Parteihandpunkt aus betrachtet können wir mit diesen Ergebnissen durchaus zufrieden sein. Vor allem die Leipziger Wahl beweist aufs neue, daß die Grundlage für jeden Erfolg eine gute Organisation und eine gute Presse sind. In Leipzig sind auch zuerst die Folgen der Spaltung vom vorigen Jahre überwunden worden. Die kommunistische Zerstückelung hat endgültig abgewirksam, das zeigt nicht nur die Zunahme unserer Stimmen um fast 35 000, das ergibt sich noch deutlicher an dem Verlust der Kommunisten um 6500 Stimmen.

Nicht weniger erfreulich für uns sind die Ergebnisse aus dem Dresdner Bezirk. Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß gerade hier die rechtssozialistische Politik sich am weitesten dem bürgerlichen Standpunkt genähert hat. Die Arbeiter haben dafür am gestrigen Tage die Quittung ausgestellt. Die Rechtssozialisten erlitten eine beträchtliche Schwächung, die unabhängigen Stimmen sind dagegen wesentlich in die Höhe gegangen.

Vom Standpunkt der Gesamtbewegung aus kann zu dem sächsischen Ergebnis gesagt werden, daß sich trotz ihrer zahlenmäßigen Schwächung doch deutlich die beginnende Einkehr und Selbstbesinnung in der Arbeiterklasse zeigt. Das Proletariat tritt wieder auf den Boden sozialistischer Erkenntnis, und das heißt soviel, daß es im Kampfe gegen die Bourgeoisie und nicht mit ihr den Sozialismus verwirklichen will. Es sind die Grundzüge der Unabhängigen Sozialdemokratie, die der Arbeiterklasse den Weg zeigen und die sie über alle Verwirrung unserer Zeit hinaus zum Siege führen werden.

Die Antwort an die Expreßer

Die Regierung lehnt ab

Das Reichskabinett hält heute eine Sitzung ab, die sich mit den Bedingungen der Industriellen für ihre Kreditaktion befaßt und die endgültige Antwort der Regierung darauf erteilen wird. Wenn auch bis zur Stunde kein offizieller Beschluß vorliegt, so weiß man doch, was diese Antwort enthalten wird. Die Regierung lehnt die Bedingungen des großen Kapitals ab, sie schließt sich auch nicht der Auffassung an, daß man darüber doch wenigstens diskutieren könne. Sie wird in ihrer Antwort zum Ausdruck bringen, daß sie bei dem Angebot der Industriellen den guten Willen vermisst, und daß sie daher ihre Bedingungen für undiskutierbar halte. Wenn die Kapitalisten keine annehmbareren Bedingungen für ihre Kredithilfe finden können, so sei die Regierung entschlossen, die Angelegenheit sofort dem Reichstage zu übergeben. Entsprechen dessen Beschlüsse nicht den Auffassungen des Kabinetts, so ist dieses entschlossen, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Da man nicht annehmen kann, daß die Regierung den Expreßungsversuch des Großkapitals zum Anlaß ihres Rücktritts nehmen wird, so bleibe dann nichts anderes übrig, als an das Land zu appellieren, also den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen.

Das ist der einzig mögliche Standpunkt, auf den sich jetzt die Regierung stellen kann. Es hat gar keinen Zweck, sich auf irgendwelche Verhandlungen mit den Vertretern des großen Kapitals einzulassen. Diese wissen ganz genau, daß sie ihre Position nur halten können, wenn die Regierung sich in dieser Stunde schwach zeigen und die Bedingungen der Industriellen überhaupt als Grundlage für Erörterungen ansehen würde. Im privaten Leben ist man nicht gewohnt, mit Expreßern zu verhandeln, die Regierung muß den Her-

ren vom Großkapital lehnt zeigen, daß sie noch genug Kraft hat, um ihnen den Revolver aus der Hand zu schlagen.

Diese Auffassung vertritt auch Georg Bernhardt in einem bemerkenswerten Artikel der „Rossischen Zeitung“. Er sagt, daß jetzt für den Reichsanwalt Wirth eine parlamentarische Situation geschaffen worden sei, wie er sie sich besser gar nicht wünschen könne. Aber er könne sie nur ausnützen, wenn er seine starken Worte, die hier einmal notwendig sein werden, durch Taten fundamentiere.

Lehnt die Industrie endgültig die kleunige und freiwillige Aufnahme eines ausreichenden Auslandskredits ab, so muß unverzüglich der Weg beschritten werden, in die Hand des Reiches sozial Anteil am deutschen Besitz zu bringen, wie notwendig ist, um eine geeignete Auslandskreditgrundlage für das Reich zu schaffen. Daß diese Methode volkswirtschaftlich viel weniger vorzuziehen ist, als die Methode des Industriedredits, ist richtig. Aber die Verantwortung dafür tragen die Befürworter des Industriepfandes, die durch ihre Handlungsweise jedes Recht auf Kredit verlustig gegangen sind. Hand in Hand mit dieser Auslandsaktion muß die beschleunigte Ausbringung von Steuern in der Form und der Höhe gehen, wie sie der Abbau der inneren Inflation erfordert. Denn nur die Bilanzierung des inneren deutschen Budgets kann das Reich überhaupt wieder kreditfähig machen. Aber diese innere steuerliche Sanierung soll auch noch den Zweck verfolgen, einen gründlichen Preisabbau herbeizuführen. Dieser Preisabbau wird die selbstverständliche Folge einer vernünftigen Finanzordnung sein. Und erst auf der Grundlage eines solchen natürlichen Preisabbaues wird endlich einmal die Möglichkeit entstehen, den Kampf gegen die Schieber und Wucherer zu eröffnen, die die natürliche Preisbewegung durch ihre rücksichtslose Ausbeutung der Volksgemeinschaft übersteigern. Auch der energiegelaste Kampf gegen die Schieber und Preisirriter muß solange zwecklos — weil ein Herumspielen an Symptomen — bleiben, wie der Strom des aus der Notenpresse immer neu hervorströmenden Papiergeldes die

Preise so häufig emporreibt, daß der Wucherpreis von gestern morgen schon als ein guter Einkauf erscheint.

Georg Bernhardt sagt weiter, daß es mit dem Schlagwort „Erfassung der Sachwerte“ nicht mehr gelingen werde, die verärgerte Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zu sammeln. Als Kampfruf werde vielmehr dem deutschen Volk die Frage vorgelegt werden, ob es durch eigene Kraft sich wieder emporarbeiten, oder ob es die Freiheit seiner Wirtschaftspolitiken behalten, oder ob es unter die Sklaverei einer internationalen Konkursverwaltung gelangen wolle, die aus ihm gäuliam und ohne Interesse an seiner wirtschaftlichen Existenz den letzten Groschen herauspressen werde.

In der „Welt am Montag“ formuliert H. v. Gerlach das, was jetzt zu tun ist, folgendermaßen:

Stinnes hat die Offensive ergriffen. Werden die Arbeiter sich mit einer schwächlichen Defensivtaktik begnügen oder nach bewährter militärischer Taktik — in der Beziehung können selbst Bazillen etwas vom Militarismus lernen — zur Gegenoffensive schreiten? Nicht mit bloßen Zeitungsartikeln und Versammlungsresolutionen, so notwendig sie sind. Nein, mit parlamentarischen Aktionen.

Um die Steuern muß die Entscheidungsschlacht geschlagen werden. Hier ist das Kampfgebiet, wo die sozialistischen Arbeiter und Angestellten Millionen von Bürgern und Bauern und Beamten als Bundesgenossen finden können. Drei große, rettende Forderungen müssen aufgestellt und durchgeführt werden:

- Reichshypotheken und Reichsaaktien zur Erfassung der Sachwerte;
- Abkempfung der Noten, um die Milliarden des vor den Finanzämtern verborgenen Geldes ans Licht zu ziehen;
- Zerstückelung des ins Ausland geflüchteten deutschen Kapitals, um auch die Goldmillarden der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Diese Forderungen lassen sich durchsetzen. Voraussetzung dafür ist freilich: Einheitsfront der Arbeiter! Das sind zwei bürgerliche Stimmen. Die Regierung muß also erkennen, daß hinter ihr nicht nur die ganze Arbeiterklasse steht, wenn sie die Offensive gegen das Großkapital ergreift, sondern daß auch ein erheblicher Teil des Bürgertums durchaus mit scharfen Maßnahmen gegen die Industriellen und ihre Handlanger und Helfershelfer aus den anderen kapitalistischen Kreisen einverstanden ist. Das Rückgrat dieser Bewegung kann allerdings nur das geschlossene Ausreten des Proletariats sein!

„Unvereinbar mit dem Friedensvertrag“

CC. Paris, 14. November.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ meldet, daß die Behauptung deutscher Blätter, daß die Garantiekommision schon irgendwelche Vorstellungen wegen der Bedingungen für einen Kredit gegenüber der deutschen Regierung erhoben hätten, unrichtig seien. Bisher habe die Garantiekommision nichts derartiges unternommen.

Was ist überzogen, daß die Bedingungen der deutschen Industrie nicht nur skandalös seien, die sie wegen der Übergabe der Reichseisenbahnen und anderer staatlicher Unternehmungen gestellt habe, die immer von den Alliierten als Pfänder betrachtet worden seien, sondern daß diese Bedingungen auch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar seien. Wenn die Industriellen den Sieg über die Regierung davontragen sollten, würden die Alliierten nicht zögern, energisch in Berlin zu intervenieren. Die propagierende Haltung der deutschen Großindustriellen hat dem „Journal“ zufolge auf die englischen Mitglieder der Reparationskommission einen unangenehmen Eindruck gemacht, so daß sie merklich abgekühlt seien und die Haltung der deutschen Industriellen als eine Ohrfeige betrachteten. Das erste Ergebnis dieser Brutalität der deutschen Industriellen sei, daß die Bande zwischen den englischen und den französischen Mitgliedern der Reparationskommission enger geknüpft worden seien. In der Reparationskommission war nie die Rede davon, Deutschland ein Moratorium oder einen Zahlungsausschub zu gewähren für die am 15. Januar zu zahlenden Leistungen. Die Entscheidung, die im Laufe dieser Woche gefällt werden soll, wird sofort der deutschen Regierung übermittelt werden.

Die Haltung der Gewerkschaften

Der Vorstand des A. D. G. B. teilt mit: Gewisse interessierte Kreise verbreiten unwahre Gerüchte über die Stellung der Gewerkschaften zu dem Reichsverband der Deutschen Industrie an die Kredithilfe geknüpften Bedingungen. Es wird behauptet, der Bundesvorsitzende Leipziger habe dem Reichsanwalt gegenüber erklärt, daß der A. D. G. B. und auch die Sozialdemokratische Partei bereit wären, sich auf eine Entlastung der Reichseisenbahnen einzulassen. Das Gegenteil ist richtig. Genosse Leipziger hat den Reichsanwalt in der Besprechung am 11. d. M. darauf verwiesen, daß der Vorstand des A. D. G. B. schon am 9. d. M. in Übereinstimmung mit dem Vorstand des A. D. G. B. einstimmig beschlossen habe, die von den Industriellen erhobenen Forderungen unbedingt abzulehnen. In der Entscheidung der beiden Bundesvorstände, die wir bereits veröffentlicht haben, heißt es bezeichnend die Forderungen der Industrie ließen erkennen: „daß mit der Gewährung der Kredithilfe das Reich und damit die breiten Schichten der Bevölkerung in eine wachsende und unentwegliche Abhängigkeit von den kapitalistischen Unternehmern gebracht werden sollen.“

Die Kreditaktion der Industrie, die anfangs als eine nationale Tat angekündigt wurde, und die auch die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hätte, ist durch die Beschlüsse des Reichsverbandes der deutschen Industrie als ein neues Machtinstrument des organisierten Unternehmertums entlarvt worden.

Diese Entschleierung der Gewerkschaften ist dem Reichskanzler und dem Reichsverkehrsminister auch schriftlich übermittelte worden und in der erwähnten Belpredung bei dem Reichskanzler hat Leipzig auch mündlich die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung die unerhörten Unternehmerrforderungen strikte ablehnen werde.

Einen anderen Standpunkt soll, wie wir hören, allerdings der Geschäftsführer Baltrusch von den christlichen Gewerkschaften eingenommen haben. Daraus ist es wohl zurückzuführen, daß das „Berliner Tageblatt“ am Sonnabend abend die Meldung brachte, ein Beschluß über den endgültigen Standpunkt der Gewerkschaften liege noch nicht vor. Es kann sich hierbei nur um die christlichen Gewerkschaften handeln, was schon daraus zu schließen ist, daß in der Meldung des „Berliner Tageblatts“ von dem Ausschluß des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“, der bekanntlich nur die christlichen Gewerkschaften umfaßt, die Rede ist. Wir können im übrigen nicht glauben, daß wirklich die christlichen Gewerkschaften sich in dieser für die gesamte deutsche Arbeiterschaft so überaus wichtigen Frage von den übrigen Gewerkschaften trennen werden.

Einstweilen glauben wir das auch noch nicht, oder besser: wir hoffen es nicht. Bedenkt man aber, daß Steigerwald seine volle Kraft wieder ganz den christlichen Gewerkschaften widmet, dann muß man doch auf vielerlei gefaßt sein. Im übrigen übersteigt es alle Gipfel der Niederträchtigkeit, wenn die bürgerliche Presse die so klare Stellung der freien Gewerkschaften verdreht und selbst in dieser gegenwärtig alles beherrschenden Frage die Deffektivität täuscht. Hofft man dort etwa, daß die angebotene Beratung in der Zentralarbeitsgemeinschaft doch noch eine andere Haltung der Gewerkschaften veranlassen könnte? Diese Hoffnung würde uns vorgeblich erscheinen.

Auch eine Opposition

Scherz und Ernst vom demokratischen Parteitag

Auf dem Bremer Parteitag der demokratischen Partei hat es so etwas wie eine Opposition gegeben. Eine Minderheit hat ihrer Unzufriedenheit mit den jüngsten politischen Vorschlägen der demokratischen Reichstagsfraktion Ausdruck verliehen. Es ist interessant und erklärlich zugleich, daß die Opposition geführt wurde von Persönlichkeiten aus dem Lager der demokratischen Arbeiter und Angeestellten. Erleuchtung von dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und Schneider-Weigand vom Gewerkschaftsbund der Angestellten waren die Führer der Minderheit. Für sie ist die Einschleierung der demokratischen Partei in das Fahrwasser der Deutschen Volkspartei, die in den letzten Wochen immer deutlicher zutage getreten ist, unerträglich, denn sie müssen fürchten, daß auch die von ihnen geführte gewerkschaftlichen Organisationen unter einer solchen Politik ihrer Partei leiden. Sie müssen fürchten, daß ihnen die Scholle aus ihren Organisationen davonlaufen, wenn die Herren Petersen und Schiffer auch fernerhin mit plumper Offenheit allzu deutlich zeigen, daß die demokratische Partei nur ein Hologer der Partei des Herrn Stinnes ist.

Erleuchtung erklärte, es ginge nicht an, daß in einer so unerträglichen Weise wie bisher der Volkspartei nachgelaufen werde. Diese habe in wenigstens vier Fällen in der letzten Woche die Haltung der demokratischen Fraktion entscheidend beeinflusst. Die Kreditaktion war bis vor kurzem eines der wichtigsten Mittel zur Veröhnung der innerpolitischen Gegensätze. Jetzt ist sie eine der größten Enttäuschungen geworden. Auch dafür liege die Schuld bei der Deutschen Volkspartei.

Das Ergebnis dieser Oppositionspartei war eine Entschleierung, die nichts besagt. Sie erklärt, daß die demokratische Partei eine ausgesprochen republikanische Partei sein müsse, denn der Inhalt ihres Parteiprogramms bewege die Sicherung einer nationalen und sozialen Politik auf dem Boden der Demokratie. Unter den gegenwärtigen deutschen parteipolitischen Verhältnissen ist eine Regierung auf möglichst breiter Grundlage zur Verwirklichung dieser Ziele notwendig.

Dieser letzte Satz gibt den freisinnigen Strategen in der Fraktion nach wie vor die Möglichkeit, die Politik der deutschen Volkspartei zu machen. Es kommt hinzu, daß der Reichstagsfraktion

von zum Schluß das Vertrauen ausgesprochen wird. Auch daß Erleuchtung als Konzeptionsführer Vorsitzender der Parteiparlamen wurde, während Petersen Vorsitzender des Parteiaususses und damit der Partei geblieben ist, bedeutet nichts. Eine zum Schluß des Parteitagges angenommene weitere Entschleierung, die eine Demokratisierung der Verwaltung und die Möglichkeit eines künftigen Lichtes aus dem mittleren und unteren Dienst fordert, ist lediglich auf den Stimmengang unter der dritten Gruppe der Arbeitnehmerschaft, den Beamten, berechnet. Wenn es darauf ankommt, dann werden die Herren wieder genau so „haarsinnig“ verfahren, wie jünger. Herr Haas aus Karlsruhe hat diese Politik, die keine ist, trefflich geschildert. Es habe bei der Regierungsoffense nur zwei Möglichkeiten gegeben: entweder netz fagen und der Regierung fern bleiben, oder ja fagen und wieder einreten. „Wir sind“, fuhr Herr Haas fort, „den mittleren Weg gegangen. Wir haben den Fehler gemacht, daß wir gleichzeitig Partei- und Staatspolitik treiben wollten. Künftig wollen wir immer den Weg der Staatspolitik gehen.“

Das nennt man also den mittleren Weg, wenn man keinerlei Wege mehr geht. Trefflicher als Herr Haas es unerbittlich ist, kann niemand die Politik der demokratischen Partei ironisieren, der den besten Willen dazu hat.

Zusammen hatte die trostlose Schaulerei ein vernünftiges Ergebnis: die demokratische Partei wird Rathenau nicht mehr hinderlich im Wege stehen, wenn er wieder auf seinen Posten als Wiedererbauminister zurückkehren will. Man dürfe hoffen, erklärte Derenburg, daß nach der Aussprache auf dem Parteitage Rathenau bereit ist, mit der ins Kabinett einzutreten, wenn er gebeten werden würde. Und Herr Koch betonte sogar, es sei Willst der Partei, Männern wie Rathenau den Weg zu ebnen. Das ist immerhin etwas. Und dazu dürfte nicht wenig die starke Sehnsucht dieser Demokraten nach dem Ministerien beigetragen haben, das sie immer beherrscht und das ihnen das Ausgeschaltensein unerträglich macht.

Abchwächung der Devisenkurse

Der Dollarkurs hat beim Beginn des heutigen Verkehrs der Großbanken eine Abchwächung erfahren; er fiel von 284 auf 273 und es ist anzunehmen, daß er noch weiter zurückgehen wird. Die Ursache dafür ist zunächst in der besseren Bewertung der deutschen Mark in New York zu suchen. Außerdem wird mitgeteilt, daß der Devisenbedarf der Regierung für den nächsten Zahlungstermin im Januar bis auf eine Summe von etwa 40 Millionen Goldmark bereits gedeckt sei.

Leben Sie wohl, Herr Boelch!

Der schwarz-weiß-rote Kultusminister

Die Herren von der großen preussischen Koalition sind in der Tat „Staatsmänner“. Nachdem sie das Kind in den Brunnen geschmissen haben, rufen sie um Hilfe. Nachdem sie sich alle nach der breiten Koalition in Preußen indrünstig geschaut und sie schließlich herbeigezogen haben, bekämpfen sie die von der Volkspartei zur Verfügung gestellten Minister, ohne zu bedenken, daß Minister der Deutschen Volkspartei eben nur Boelch oder Richter heißen können.

Herr Boelch war bekanntlich bisher Gymnasialdirektor in Soest. Das „Berliner Tageblatt“ weiß nun zu berichten, wie die Presse des bisherigen Wirkungskreises des Herrn Gymnasialdirektors von diesem Manne Abschied nimmt. Die dortigen Volksblätter erwähnen zunächst ebenfalls die bereits bekannte Potsdamer Rede des Herrn, in der er mit Genehmigung auf Bayern blickt und den Geist von Potsdam herbeiwünscht. Die sozialdemokratische „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“ schreibt, sie verstehe nicht, wie Herr Boelch das Amt annehmen konnte, das ihm infolge rätselhafter Umstände zugesprochen worden sei. Wenn er nicht selbst einläßt, daß er nicht auf dem Platze bleiben könne, so müsse der Landtag ihn schnellstens zum Rücktritt veranlassen. Die demokratische „Westfälische Morgenzeitung“ überschreibt ihren Abschiedsartikel: „Leben Sie wohl Herr Boelch!“ Sie schließt den Artikel so:

„Nun darf wohl erwarten, daß er nach dem Bekanntwerden seiner Stellung zur Staatsform schleunigt zurücktritt. Jeder Tag, den Herr Boelch länger im Amte bleibt, vergrößert den Skandal.“

Das demokratische Blatt kennt Herrn Boelch und die Deutsche Volkspartei also besser, als das sozialdemokratische. Es scheint

nur zu vergessen, daß die demokratische Partei nicht minder als die sozialdemokratische an dem Skandal beteiligt ist. Und schließlich nimmt auch das Zentrumsbblatt, die „Trompete“, gegen Herrn Boelch Stellung.

So wenden sich also alle Koalitionsparteien jener Gegend, in der Herr Boelch seinen Geist von Potsdam bisher leuchten ließ, einmütig gegen diesen Minister, auf den die Koalitionsfraktionen im Landtag ebenso einmütig hineingefallen sind. Der Herr im Himmel möge ihnen helfen!

Bürgerchaftswahl in Lübeck

Verstärkung der sozialistischen Mehrheit

III. Lübeck, 14. November.

Bei den geitigen Bürgerchaftswahlen wurden insgesamt 63 808 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung war verhältnismäßig hoch. Es schloßen Stimmen: Die Reichssozialisten 31 073, die Kommunisten 4225, die Vereinigten bürgerlichen Parteien 19 679, der unpolitische Bürgerbund 3798 und die Grundbesitzer 5031. Danach entfallen auf die Reichssozialisten von insgesamt 60 Sitzen 29 Mandate, auf die Kommunisten 5, auf die Vereinigten bürgerlichen Parteien 25, auf den Bürgerbund 3 und auf die Grundbesitzer 4. Bisher war das Verhältnis 42 Sozialisten gegen 38 Bürgerliche, jetzt 44:36, so daß also die sozialistische Mehrheit um zwei Sitze liegt.

Die Befegung des Burgenlandes

Am geitigen Sonntag begann die Befegung des Burgenlandes durch das deutschösterreichische Bundesheer. Das Odenburger Abkommensgebiet bleibt vorläufig unbesetzt. Da die im Friedensvertrag von St. Germain festgelegte Stärke und Ausrüstung des Bundesheeres zu einem gleichzeitigen Einmarsch in das ganze zu übernehmende Gebiet nicht ausreicht, erfolgt die Befegung ab schnittsweise. Demgemäß besetzen die Bundesstruppen, von der Bevölkerung allerorten freudig begrüßt, im Nordstele Eisenstadt, Neufiedl, Garndorf und Neudorf.

Nach erfolgter militärischer Befegung des Burgenlandes wird die Zivilverwaltung im Burgenland eingeführt werden, was jedoch frühestens in sechs Wochen der Fall sein kann. Was die Abkündigung in Odenburg und Umgegend anbelangt, die kaum vor Anfang Dezember stattfinden dürfte, so hat man auf österreichischer Seite Hoffnung, daß die Abkündigung bei lokaler Durchführung und Schug der freien Abkündigung durch die Generalkommission in Odenburg zugunsten Österreichs ausfallen wird.

Kleine Nachrichten

Stadterneuerungswahlen in Schwerin. Bei den Stadterneuerungswahlen in Schwerin entfielen auf die bürgerliche Einheitsliste 11 547 Stimmen, deutsche Demokraten 1700, Sozialdemokraten 855, U. S. P. D. 487, Kommunisten 830. Die Sitze verteilen sich wie folgt: bürgerliche Einheitsliste 28, Demokraten 4, Sozialdemokraten 18, U. S. P. D. 1, Kommunisten 2.

Der Reichshilfsauschuß für Oppan bedarf einer Ueberficht über die für ihn noch bestimmten, in den einzelnen Ländern und Gemeinden herstellenden Mittel. Soweit die Sammlungen abgeschlossen sind, bittet er, ihm die ausgekommenen Beiträge möglichst bald auf sein Konto bei der Reichsbank zu überweisen. Inwiefern die Sammlungen noch nicht abgeschlossen sind, ist ein baldige Mitteilung über das ungefähre zu erwartende Ergebnis erwünscht.

Verbot der „Nationalen Volkszeitung“. Die „Nationalen Volkszeitung“ ist durch Verfügung der Interalliierten Kommission auf acht Tage verboten worden. Das Verbot ist in Verbindung mit der Interalliierten Kommission und Beschimpfungen des Deutschen in Oberschlesien begründet.

Als neuer japanischer Ministerpräsident wurde Takahashi vom Kaiser mit der Kabinettsbildung betraut und hat den Auftrag angenommen. Das Kabinett wird wahrscheinlich unverändert bleiben und die auswärtige Politik Haras weiter verfolgen.

Sowjetrussischer Einspruch in Ungarn. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel wird aus Ungarn berichtet, daß der diplomatische Vertreter der Sowjetregierung in Ungarn auf Anweisung seiner Regierung von dem nationalrussischen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten neue Erklärungen über den türkischen Vertrag und das französische Abkommen verlangt habe.

Die Republik ist schuld

Von Karl Kraus

(Nachdruck verboten)

Es war ein Mann, dem sein Begleiter die Bürste stahl, und der Gewichte ging dann mit einem andern weiter, der ihn vor solchem Unfall schützte.

So traurig es auch war, so heiter war's, wie er die Erfahrung machte: Er schalt den stahlenden Begleiter, weil jener ihm das Geld stahlte.

Denn damals, als er mit dem andern spazierte, war er noch vermögend. So arm jedoch dahin zu wandern, weilaidet ihm die ganze Gegend.

Er seufzt, die Zeit kehrt nicht mehr wieder; wie muß die Gegenwart er hassen! Wer wollt's auch leugnen; er kam nieder, als jener andre ihn verließen.

Schon klingen ihm die alten Pieder. Bald hat a Ruh die arme Seele. Und rasch ruft er den Räuber wieder, damit er ihm das Hemd noch stehle.

Ja, war er denn nicht der Gewichte? Die Wahrheit lautet, unverhohlen; es hat auch, daß ihn nichts mehr schützte, ihm jener den Verstand gestohlen.

Versucht, durch Schaden dumm zu werden, läßt er nun erst die alten Sünden. Das dümmste aber ist auf Erden: Mit Trotteln Republikern gründen.

Wir entnehmen dieses Gedicht mit Erlaubnis des Verlags der Schriften von Karl Kraus den „Worten in Versen“, Band V.

ligen. Für heute hier nur einige Sätze Nichts aus seinem Artikel:

Als der Schwiegervater eines Festungsgefangenen auf dem Sterbebett lag und ein heftiges Geluch um ein- und anderzweiellige Strafanterdrehung durch seine Angehörigen an die Behörde richten sah, kam ein hochwoller abschlägiger Bescheid. Das Kind des Gefangenen blüht starb; der Vater durfte weder zu dem sterbenden Kind noch zum Begräbnis. Meine Frau stand vor einer lebensgefährlichen Operation; ich hat für drei Tage am Strafanterdrehung. In derselben Stunde, so meine Frau unter dem Messer des Arztes blutete, lag der Justizminister Müller-Meinigen dem Landtag vor, meine Frau lebe blühend aus and erzeuge sich der besten Gesundheit.

Der Festungsleiter, der Staatsanwalt Kraus, erklärte vom ersten Tage an: daß er an keine Vorschrift gebunden sei; daß die Gefangenen vollständig in seine Hand gegeben seien; daß Beschwerden keinen Zweck hätten; daß er Waffengewalt anwenden werde; daß er Bitten nicht entgegennehme, auch wenn Frau, Kind oder Eltern eines Festungsgefangenen gefordert seien. Er bestrafte den Festungsgefangenen Laubenberg, weil der ihn anmachend angesehen habe. Er schloß den Festungsgefangenen Männlein in Einzelhaft, weil der beim Verlassen des Dienstzimmers eine respektwidrige Bewegung mit dem linken Fuß gemacht habe. Mühlam erhielt Einzelhaft dafür, daß er die Bitte „gewagt“ habe, einen nervös schwer erkrankten Genossen ärztlich beobachten zu lassen. Nachdem Mühlam in den Flügel der Einzelhaftzellen abgeführt worden war, durchsuchte ein Kriminalkommissar seine Wohnzelle. Dabei wurde ein Gedicht auf Holz entdeckt, das Mühlam in einer übermütigen latrischen Stimmung gedichtet hatte. Er hatte gar nicht versucht, dieses Gedicht zu veröffentlichen; es lag einfach unter seinen Papieren; aber zur Strafe für die Abfassung dieses Gedichtes wurde keine Einzelhaft verhängt, wurden noch vierzehn Tage Bettentziehung und Koffschämierung verhängt. Der arme schwächliche Mühlam mußte vierzehn Nächte lang auf blankem Fußboden schlafen. Gemeinlich mit dem Holz-Lied waren noch Todesbücher und ein geliehener Revolutionsroman entdeckt worden. Diese Schriftstücke wurden zu den Akten genommen, da sie „mit dem Festungsstrafußung in Zusammenhang“ hängen; schreibe Mühlam abermals dergleichen. So werde „noch ganz anders gegen ihn eingeschritten werden.“

Toller wurde mit Schreiverbot gerade in den Tagen bestraft, wo er die Korrektur neuer Werke lesen sollte. Grund: er hatte lediglich den Genossen Kokenich bitten wollen, für einige Gefangene, die sich zu Unrecht verurteilt fühlten, beim Reichspräsidenten oder Reichsjustizminister sich einzusetzen. Kraus bezeichnete das als Kritik an der Justiz. Tollers Arzt wurde wie ein Bettler weggeschickt, als er zu einer Untersuchung erschien.

Die Frau des Genossen Klingelhöfer darf seit vielen Monaten nicht mehr die Anstalt betreten. Daudstels Roman „Das Opfer“, aus dem schon verschiedene Bruchstücke in der „Freiheit“ und in der „Volkschen Zeitung“ erschienen sind, wurde beschlagnahmt und zu den Akten genommen, weil er „die Talon eines Dekretes verherrliche“. Als der Festungsgefangene und Landtagsabgeordnete Sauber den Vorstand bei, sich eines höflichen Tones befleißigen zu wollen, fuhr ihn Kraus an: „Mit werden mit dem Landtagsabgeordneten Sauber fertig, wie wir mit dem Landtagsabgeordneten Garez fertig geworden sind.“ Der Oberverwalter Jersch, ein getreuer Diener seines Herrn, bedrohte den Genossen Hagemeyer in Ansehung seiner Frau und seiner Kinder völlig grundlos mit dem Revolver.

Selbstverständlich, daß sich die Arbeiterschaft diese Behandlung politischer Gefangener nicht mehr gefallen läßt. Als Abgeordneter sprach Roddebrück Worte gegen den deutschen Justizskandal. Jetzt ist er Minister. Er hardie!

Scheerbar-Libend. Der Individualisten-Bund veranstaltete bei Imada in der Potsdamer Straße, anlässlich der Wiederkehr des Todeslages Paul Scheerbars einen Gedächtnisabend. Inseln Rüt wies in einem einleitenden Vortrage auf die Bedeutung dieses eigenartigen Dichters hin, der in einem viertheiligen Schriften immerfort Unmögliches als möglich hinfügte. Friedrich Ruenderger und Eduard Kiedmann lasen aus den leider noch allzu unbekanntem Büchern dieses Dichters, der wie wenige andere Zukunftsbedeutung hat.

Sprech-Chor für die proletarischen Feiertenden. Wegen der Gedenkfeyer für unsere gemordeten Brüder am kommenden Sonntag müssen noch einige besondere Lebungsabende stattfinden, und zwar: Freitag Montag, Mittwoch und Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Realschulhauses in der Steinstraße (zwischen Alie Schönhauser- und Rosenthaler Straße. Der Chor bedarf zur wirksamen Aufführung noch der Mithilfe von Männern und Frauen. Genossen und Genossinnen, meldet euch zur Mithilfe!

Tages-Notizen

Rechtsanwaltsamt Bernauerstraße 19. Das in Reichenberch, in der Jugendzeit, mit großem Erfolg geübte Nationalen Reichssozialisten, das Anwaltsamt des Reichssozialisten von Dr. Paul wird am Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Aula der 5. Gemeindehalle in Reichenberch und am Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Aula der Humboldtstraße in Tagel wiederholt. Die Genossen werden ersucht, ihre Kinder auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen. Eintritt für Kinder 75 H., für Erwachsene 1,50 H.

Verträge. Erud Friedrichspricht Donnerstag, 7½ Uhr, Dichtungen der Freiheit in der „Reichenberch-Reichenberch“, Potsdamer Str. 19. Erud 7½ Uhr beginnt, eine militärischen Beiträge für die Freiheit, Reichenberch, 14. November, 7 Uhr, über 12 (2 Teil), Reichssozialisten (siehe Bericht Reichenberch); Mittwoch, den 14. November, 7½ Uhr, über „Wille“ und „Sinn“ der Freiheit, Reichenberch, 14. November, 7½ Uhr.

Reichenberch. Bei der Zeitungen mit einer Gegend-Kaufung auf Reichenberch, 14. November, 7½ Uhr.

Die Konferenz von Washington

Die allgemeinen Grundsätze für die Abrüstung

Washington, 12. November.

Auf der Eröffnungssitzung der Abrüstungskonferenz legte Staatssekretär Hughes im Namen der amerikanischen Delegation allgemeine Grundsätze dar, die wie folgt lauten:

1. Der Bau aller Großkampfschiffe der gegenwärtigen Bauprogramme, sowohl der in Ausführung befindlichen, als auch der geplanten, wird aufgehoben.

2. Eine weitere Verminderung findet statt durch Ausstrahlung gewisser älterer Schiffe.

3. Die bestehenden Flottenstärken der in Betracht kommenden Mächte werden im allgemeinen berücksichtigt.

Nach dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes würde Großbritannien einzustellen haben den Bau der 4 Hood- und aller Schlachtschiffe zweiter und erster Linie bis zur King-George-Klasse. Japan würde aufgeben die Pläne der 2 Schlachtschiffe und 4 Schlachtkreuzer, die sich im Bau befinden, und alle 10 Dreadnought-Schlachtschiffe der zweiten Linie. Hughes schlägt vor, daß keine weiteren Großkampfschiffe während einer Periode von 10 Jahren auf Stapel gelegt werden und daß ein Höchstmaß für Ersatzbauten festgelegt werden soll, wodurch vorgeesehen werden: 300 000 Tonnen für Großbritannien und 300 000 für Japan. Nach diesem Plan würden die Vereinigten Staaten 15 Kriegsschiffe, die sich im Bau befinden, und 15 ältere Kriegsschiffe zu freigegeben haben.

Am Schluß seiner Rede sagte der Staatssekretär Hughes, was die Seerüstungen Italiens und Frankreichs anbelange, so lägen dort infolge des letzten Krieges besondere Bedingungen vor; die Vereinigten Staaten schlugen darauf vor, diesen Gegenstand später auf der Konferenz zu erörtern. Nach der Rede von Hughes wurde eine Abrüstungskommission gebildet aus den Führern der Abordnungen der fünf Großmächte, dazu treten als Beigeordnete für die Fragen des Stillen Ozeans je ein Abgeordneter der vier anderen Mächte.

Eine Rede Briands

Darauf verlangten die Mitglieder der Konferenz nach einer Rede Briands und riefen wiederholt seinen Namen. Briand, der sehr überrascht schien, hielt eine Ansprache aus dem Stegreif und sagte darin, als Frankreich die Einladung Hardings erhalten habe, habe es „hier“ perusen sowohl aus unaufrichtiger Dankbarkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, als auch aus persönlicher Erregung und getrieben von dem brennenden Wunsche, bei der Lösung jeder Frage mitzuwirken, welche der Befestigung des Friedens diene und geeignet sei, ihm im Rahmen des Möglichen zu einem dauernden zu machen. Briand erinnerte dann daran, daß die Vereinigten Staaten Frankreich zu Hilfe geeilt seien und mit den Alliierten dazu beigetragen hätten, die Unabhängigkeit Frankreichs zu schützen. „Da wir zusammen den Krieg gewonnen haben“, sagte Briand, „müssen wir uns gemeinsam bemühen, den Frieden zu gewinnen.“ Briand fügte hinzu, daß Frankreich trotz der ihm von der Nachbarsseite drohenden Gefahren mit ganzem Willen und ganzem Herzen auf der Konferenz die Mittel suchen wolle, die kostspieligen Rüstungen einzuschränken. Frankreich habe schon viel getan; es werde diesen Weg bis zu Ende gehen. Besser als sonst jemand wisse Frankreich, was ein Krieg koste, und es liebe daher über alles den Frieden. Briand schloß seine Rede, indem er sagte, wenn morgen die Sicherheit Frankreichs wiederhergestellt sei, werde es bereit sein, zu sagen: „Die Waffen nieder!“

Nach der Rede Briands wurde der Beamte des Staatsdepartements, Garnett, zum Generalsekretär der Konferenz ernannt. Nach der Rede Briands sprach der Vertreter Japans, Tokugawa, die guten Wünsche Japans für den Erfolg der Konferenz aus. Er sagte, die Welt bedürfte des Friedens und des politischen und wirtschaftlichen Gleichgewichts; um zu diesem Ziele zu gelangen, müßten die Forderungen des gesunden Menschenverstandes erfüllt werden. Schanzer (Italien) erklärte, Italien habe nichts zu fordern und nichts zu fürchten. Es wünsche, daß seine finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Uebereinstimmung mit denen der anderen Mächte wiederhergestellt würden. Es habe keine imperialistischen Bestrebungen und sei bereit, loyal an den Vorschlägen des Präsidenten Harding mitzuarbeiten. Ein neuer Krieg würde eine wirtschaftliche Katastrophe sein. Die Geschichte der Vereinigten Staaten im vergangenen Jahrhundert sei ein hervorragendes Beispiel dafür, daß Konflikte durch Schiedssprüche und nicht durch Gewalt gelöst werden könnten. Der belgische Vorkämpfer der Marxisten sagte, keine Regierung sei für die Annahme aller Maßregeln, die der Erhaltung des Friedens — natürlich eines ehrenvollen — dienen. Der chinesische Vertreter Wellington Koo erklärte, die Stunde sei gekommen, die Probleme im Stillen Ozean zu regeln. China werde mit ganzem Herzen an der Lösung dieser Aufgabe mitarbeiten. Der niederländische Vertreter van Karnebeek führte aus, Holland sei keine Weltmacht und wünsche es nicht zu sein. Er erinnerte daran, daß Holland die erste große internationale Konferenz eröffnet habe. Schließlich sprach noch der Vertreter Portugals, Malle. Er sagte, das einzige Hindernis für einen gedeihlichen Ausgang der Konferenz sei der nationale Egoismus. Dieser müsse beseitigt werden.

Staatssekretär Hughes ist zum künftigen Präsidenten der Abrüstungskonferenz gewählt worden. Er teilte mit, daß bei den Verhandlungen die französische und die englische Sprache gebraucht werden könnten.

Das Echo der Vorschläge

Paris, 14. November.

Stephan Lauzanne fabelt dem „Matin“ aus Washington, der Vorschlag von Hughes habe einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen. Hier freude da Beunruhigung, überall aber Verblüffung. Ein Axiom, das vom Himmel gefallen wäre, hätte keinen niederschmetternderen Eindruck machen können. Die Japaner hätten trotz ihrer Selbstherrlichkeit ihre Bestürzung nicht verbergen können, und auch der englische Admiral habe sie deutlich erkennen lassen. Lauzanne nennt den Vorschlag besonders glücklich, weil er die Bestärkung der Rüstungen zu Lande als der Erörterung ausgehalten habe, die angesichts der augenblicklich unbekanntem Umfang der Verhältnisse in Russland und in Deutschland nur schwierig zu einem Ergebnis führen könnte. England und Japan würden vielleicht eine Frist verlangen, ehe sie sich entscheiden.

Saint Brice schreibt im „Journal“, nunmehr hätten die Sachverständigen das Wort. Ohne ihren Schlussfolgerungen vorzuziehen zu wollen, könne man feststellen, daß Hughes Programm, von gewissen Faktoren abgesehen, nicht ohne Bedeutung sei. Rifflet meldet dem „Petit Parisien“ aus Washington, das Programm, das Hughes vorgelegt habe, sei ein wenig verschieden von dem, das er anfangs vorgegeben habe. Zuerst scheint man daran gedacht zu haben, sowohl ein Reorganisationsprogramm für den Fernen Osten wie ein See-Entwaffnungsprogramm vorzulegen, aber jetzt scheint es, daß die Politik des Pazifisten Ozeans an die zweite Stelle gerückt sei, und daß die amerikanische Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit auf den See-Entwaffnungsplan konzentrierte, der radikaler sei als der zuerst vorgelegene. Vertinau schreibt dem „Echo de Paris“ aus Washington, man befindet sich einem sorgfältig berechneten Akt gegenüber. Der amerikanische Staatsmann habe an die innere Politik gedacht, er habe den Kirchen, allen denen, die für Subjektivismus kämpften und mit den Senatoren Borah und Johnson immer

Urabstimmung in den Gaswerken

Die Funktionärversammlung

Städtische Diskussion.

Die Funktionäre der städtischen Betriebe nahmen am gestrigen Sonntag in einer vom Lohnkartell einberufenen Versammlung Stellung zu den Beschlüssen des Magistrats. Volente (Gewerkschaft und Staatsarbeiterverband) gab den Bericht von den Verhandlungen mit dem Magistrat und teilte mit, daß die Verhandlungskommission sich gegen Differenzierungen gewehrt habe. Das Lohnkartell habe an der Forderung von 1000 M. festgehalten. Die Beschlüsse des Magistrats seien von einem Teil der städtischen Arbeiter bereits anerkannt worden durch die Annahme der Feuerzuzulagen an einzelnen Stellen Groß-Berlins. Wenn die Funktionärkonferenz die Beschlüsse des Magistrats ablehnt, dann müsse über die Annahme oder Ablehnung der Magistratsbeschlüsse eine Urabstimmung in den Betrieben entscheiden. (Städtische Zwischenruf: nein.) Der Redner fährt dann weiter fort: „Bei jeder Gelegenheit wird gesagt, daß die Massen entscheiden sollen. In demselben Augenblick jedoch, wo man sich an die Massen wenden will, erregt man lebhaften Widerspruch. Ich sage noch einmal: Wenn die Funktionärversammlung die Magistratsbeschlüsse ablehnt, dann muß unbedingt eine Urabstimmung der Kollegen stattfinden.“ (Zwischenruf: Schiebung! Nein!)

Eine Kommission der „Aktionsauschüsse“ der Erwerbslosen beantragte schriftlich, der Kommission die Teilnahme an der Versammlung zu gestatten. Nach kurzer Aussprache wird dieser Antrag abgelehnt. Einige Kommissionsmitglieder, die auf der Gallerie Platz genommen hatten, riefen in den Saal, daß sie den Arbeitslosen die Haltung der Funktionäre mitteilen würden. Die städtischen Arbeiter heutzutage sieht nicht zu wundern, wenn sich in den bevorstehenden Kämpfen der städtischen Arbeiter Streikbrecher finden würden.

Zur Tagesordnung lagen eine ganze Anzahl von Anträgen vor. Die meisten Anträge verlangen Festhaltung an der Forderung von 1000 M., ein Antrag verlangt neben den 1000 M. noch Kinderzulagen.

Die Diskussion war reger, öfter sogar recht hitzig. Die meisten Redner verlangten Aufrechterhaltung der Tausendmark-Forderung. Redner, die für die Urabstimmung eintraten und darauf hindeuten, daß ein Funktionär doch lediglich Beauftragter seiner Kollegen sei und keine Angst vor einer Urabstimmung haben dürfe, fanden lebhaften Widerspruch. Andere Redner, die verlangten, daß man alle Kraft aufsparen müsse für die in nächster Zeit stattfindenden Verhandlungen um den Lohnkartell, bei dem Verschlechterungen von einzelnen Positionen geplant seien, fanden ebenso wenig Anklang wie ein Disfunktionsredner, der die Betriebsräteversammlung nicht als kompetent erklärte und es schließlich kritisierte, daß diese Körperschaft beschlossen habe, die Arbeiterunion zu den Verhandlungen hinzuzuziehen.

Nach der Aussprache, die sich nicht auf einem sonderlich hohen Niveau bewegte, wurde beschlossen, daß eine

Urabstimmung in den Betrieben

über Annahme oder Ablehnung der Magistratsbeschlüsse entscheiden soll. Durch den Beschluß sind alle Werke verpflichtet, die Arbeit wieder aufzunehmen. Spätestens bis Dienstag mittag 1 Uhr soll das Abstimmungsprotokoll sämtlicher Werke auf dem Bureau des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes abgegeben sein. Am Abend desselben Tages wird sich eine allgemeine Funktionärkonferenz der dem Lohnkartell angeschlossenen Gewerkschaften mit dem Ergebnis der Abstimmung beschäftigen.

wiederholen, die Einschränkung der Bewaffnung müsse rasch und radikal erfolgen, selbst wenn sie die Aufgabe von China bedeute, Befriedigung geben wollen. Amerika sei eben ein Kontinent, der sich selbst genügen könne. Auch der Berichterstatter des „Welt Journal“ telegraphiert, Harding und Hughes bewiesen durch ihr Vorgehen, daß sie im Inneren geschickt handelten. Ihr Programm lähme zu gleicher Zeit die Opposition der extremistischen Senatoren und die Haltung der demokratischen Partei, die den Republikanern Unzufriedenheit ihrer Politik vorgeworfen hätten. Neuklerik habe Amerika weder etwas zu gewinnen noch etwas zu verlieren.

London, 13. November.

Die gesamte Presse befaßt sich mit der Abrüstungskonferenz in Washington. „Times“, die in Washington von ihrem Chefredakteur vertreten werden, melden, der Eindruck bei der britischen Delegation sei überwiegend günstig. Der amerikanische Plan müsse jedoch notwendigerweise faktisch in allen seinen Einzelheiten und Ausführungen durchdringt werden.

Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, die Vorschläge der Vereinigten Staaten seien nach seiner Ansicht das Ende des Flottenwettbewerbs unter den Nationen. Der Berichterstatter des „Daily Express“ meldet, man verheimliche sich nicht, daß der schwerwiegende diplomatische Kampf wegen der offenen Lücke in China noch bevorstehe. Hier hätte England den Schlüssel der Washingtoner Konferenz in Händen.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ meldet, er sei in der Lage, die Mitteilung zu machen, daß Japan den Vorschlag Amerikas annehmen werde. Auch die britischen Delegierten stimmten dem Plane Hughes zu. Man schätze, daß die Durchführung des amerikanischen Programms für den britischen Steuerzahler eine jährliche Ersparnis von etwa 50 Millionen Pfund Sterling bedeuten würde. Die Amerikaner hofften, daß die Frage des Fernen Ostens ebenso leicht geregelt werden könne, wie die Frage der Rüstungseinschränkungen. Japanische Kreise in Washington seien jedoch weniger optimistisch in dieser Hinsicht. Die Japaner sahen die politische Lage des Fernen Ostens als das Herz des gesamten Problems an.

Blutige Kämpfe in Rom

Rom, 14. November.

Gestern ist es an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Faschisten gekommen. Bisher wurden 3 Tote und etwa 120 Schwerverletzte gezählt. Einer der verwundeten Arbeiter ist bald nach seiner Ueberführung ins Spital gestorben. Bei den Zusammenstößen triffen meist Militär und königliche Garben ein um die Kämpfenden von einander zu trennen.

Die angekündigte feierliche Bestattung des Eisenbahners, dessen Ermordung durch die Faschisten den Anlaß zu dem Generalstreik gegeben hatte, wurde durch die Regierung verboten, da neue Unruhen herbeigeführt werden. Die Eisenbahnerorganisationen beschloßen so lange im Ausstand zu verharren, bis dieses Verbot aufgehoben und die Faschisten aus Rom abgeschoben würden. Um den Faschisten die Abreise aus Rom möglich zu machen, wurden auf Beschluß der Eisenbahnerorganisationen mehrere Zugabteilungen zusammengestellt. Der faschistische Führer Mussolini hat mit einem dieserzüge die Stadt verlassen.

Aus Anlaß der letzten Vorgänge in Rom gibt die Stellung des Ministerpräsidenten Bonomi als erschüttert. Man wirft ihm vor, daß er die Faschisten zu sehr begünstige.

Die Lage in den Betrieben

Wie wir in der „Freiheit“ von gestern morgen bereits mitgeteilt haben, war am Sonntagmittag im Hinblick auf den Magistratsbeschluß, die erhöhten Lohnsätze für Oktober und November sofort auszuzahlen, in den Gasanstalten Schmaragdort, Danziger Straße und Gieshiner Straße die Arbeit wieder aufgenommen worden. Am gestrigen Sonntag schloßen sich die Belegschaften der beiden Charlottenburger Gaswerke, die als erste in den Streik getreten waren, ihren Kollegen an und nahmen die Arbeit wieder auf.

Auf den Beschluß der gestrigen Funktionärversammlung traten die Belegschaften des Gaswerks Tegel um 4 Uhr und die der Gasanstalt Lichtenberg um 6 Uhr abends wieder zur Arbeit an. Die Gasversorgung Groß-Berlins hat infolgedessen am Sonntag abend wieder in allen Bezirken der Stadt eingesetzt. Doch wird der volle Druck im Rohrnetz erst im Laufe des heutigen Montags wieder erzielt werden können.

Dagegen ist es nun bei der privaten Gasbetriebs-Gesellschaft, deren Werke Teile des Berliner Südoftens, Südostens und Südwestens, sowie Tempelhof, Mariendorf, Schöneberg und Teile von Wilmerdorf mit Gas versorgen, im Hinblick auf den Streik in den Berliner Gaswerken zu einem Sympathiestreik der Werke Mariendorf und Schöneberg gekommen. Schon am Sonnabendmittag hatten die Arbeiter der Gasanstalt Mariendorf aus Sympathie für ihre städtischen Kollegen die Arbeit niedergelegt, und am Sonntag trat die Belegschaft des Gaswerks Schöneberg ebenfalls in den Streik. Da am gestrigen Nachmittag in allen städtischen Gasanstalten der Ausstand für beendet erklärt wurde, schloßen sich die Arbeiter des Schöneberger Gaswerks in der höchsten Abendstunde, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dagegen dauert der Streik in Mariendorf noch an.

Lehren des Kampfes

Wir werden den Verlauf dieser Bewegung und die Besichtigungen, die uns vom Gesamtbetriebsrat der städtischen Werke zugegangen und gestern morgen in der „Roten Fahne“ abgedruckt worden sind, noch eingehend würdigen. In diesem Augenblick sei nur auf zwei Erscheinungen verwiesen, die da zeigen, wie directionslos diese Bewegung war und von welcher zweifelhaften Elementen in diese Bewegung eingegriffen wurde. Wenn in der Funktionärversammlung der städtischen Betriebe die wilden Aktionsausschüsse der Erwerbslosen à la Richtigmann auf die Ablehnung ihrer Beteiligung an der Versammlung damit drohen, Streikbrecherarbeit zu verrichten, so bedeutet das ein Niveau, auf das die Arbeiterschaft in all den Jahrzehnten oft schwieriger Kämpfe bisher noch nicht gesunken ist. Dieser Zwischenruf, die städtischen Arbeiter sollten sich nicht wundern, wenn sich Leute finden, die Streikbrecherarbeit leisten, zeigt an, in welche Gefahr die Arbeiterschaft selbst gerät, wenn sie nicht alle am Kampfe Beteiligten auf das Sorgfältigste nach Gewerkschaftszugehörigkeit unterläßt.

Der Ausbruch des Sympathiestreiks in Schöneberg und Mariendorf zu einer Zeit, da ein Teil der Werke in Berlin die Arbeit bereits wieder aufgenommen hatte und die Fortdauer des Sympathiestreiks in Mariendorf, zu einer Zeit, da diejenigen, denen die Sympathie erteilt werden soll, selber nicht mehr streiken, beweisen auf das Eindeutigste, wohn eine Lohnbewegung führen kann, wenn sie nicht mehr von den berufenen Organen, den Gewerkschaften, geleitet wird. Auch in diesem Punkte werden noch einige Schlussfolgerungen aus diesem Kampfe der städtischen Arbeiter zu ziehen sein.

Für die Entwaffnung der Welt

Die von den Berliner pazifistischen Verbänden und der Gewerkschaftskommission auf den gestrigen Sonntag einberufene und vom Aktionsausschuß „Nie wieder Krieg“ vorbereitete Kundgebung zum Jubiläum der Konferenz von Washington und Amsterdam wurde trotz des Umstandes, daß zur selben Zeit große Versammlungen anläßlich der Weisstrais- und Reichsversorgungsamtsauflösung stattfanden, zu einer machtvollen Demonstration für die Entwaffnung der Welt. Mehrfach kam es zu langanhaltenden, immer wieder erneuerten Beifallssturmgebungen. Demonstrationen für diese energische pazifistische und republikanische Politik knüpften sich namentlich an die Referate von Professor Decker und Helmut von Gerlach, die für einen aktiveren Innentums sprachen. Herr von Gerlach stellte fest, daß die republikanischen Massen hinter seinem Verlangen stehen, die radikale Entmonarchisierung Deutschlands mit der Vermögensenteignung der Hohenzollern und Wittelsbacher und der Verbannung der männlichen Mitglieder dieser Häuser zu beginnen.

Krim T. Wegner sprach anläßlich der dritten Wiederkehr des Wasserflutungs, den Toten des Weltkrieges ein von tiefster Menschenliebe getragenes Gedankwort. Wilhelm Keimann von der Berliner Gewerkschaftskommission, Hauptmann a. D. Willi Meyer und Dr. Hans Simons jr. referierten über die Forderungen und Hoffnungen, die die deutschen Pazifisten an Washington und Amsterdam knüpfen. Frau Buel vertrat den Standpunkt der pazifistischen Frauen zum Krieg. Den stimmungsvollen Auftakt und Beschluß der Kundgebung bildeten pazifistische Reitationen Wilhelm Dieterles.

Zum Schluß der Versammlung erlos das Vorstehende Karl Bettez zwei Telegramme der Veranstalterorganisation an die Konferenzen von Washington und Amsterdam. Das erste appelliert an die Staatsmänner, ihre Beschlüsse „trotz aller Widerstände auf die Kernfragen internationaler Abrüstung einzurufen“. Das zweite drückt die Hoffnung aus, daß es dem V. G. B. gelingen wird, den Beschlüssen seiner Tagung bei den Regierungen Respekt zu verschaffen.

Verhaftung einer Falschmünzerverbände

Massenvertrieb von falschen Rubel- und Guldennoten
Seit längerer Zeit tauchten in verschiedenen deutschen Städten in großem Umfange falsche holländische Guldennoten auf. Die Niederländische Bank entsandte darauf den Chef der politischen Abteilung der holländischen Polizei nach Berlin. Mit Hilfe der Reichsbank-Forschungsabteilung gelang bereits wenige Tage später die Festnahme der ganzen Gesellschaft in Berlin und Darmen. Mehrere Berliner Schieber hatten vor zwei Jahren den Steinbruch-Obermeister August Heile aus Darmen veranlaßt, für sie falsche Rubelnoten und Dama-Rubelnoten herzustellen. Inzwischen kamen hunderttausend in Berlin die noch auf jedem Jahrbuch befindlichen Mitglieder der Bande die Noten an. Der Hauptbeschwerer in Berlin war der aus Rumänien stammende frühere Gutsbesitzer Baron von Burdial. Als dann des Druckes der Rubelnoten nicht mehr einträglich genug war, machte sich die Gesellschaft an die Nachahmung holländischer Guldennoten. Auch diese wurden wieder von Heile der wegen der Fälschungen der Rubelnoten Straußausstoß erhalten hatte, gedruckt und in Berlin durch den Baron von Burdial vertrieben. Grundgeber zur Einlösung der Falschmünzerverbände war der Berliner Chauffeur Josef Schmidt, dem jedoch überliefert worden ist. Er hatte einem ihm befreundeten Kaufmann Heinrich Böhner aus

Berlin 24 000 M. gefahren, ohne zunächst zu wissen, für was für Geschäfte er diese Summe benötigte. Als dann Bonheuer mit weiteren Forderungen kam, verlangte Schmidt endlich zu wissen, um was für ein Geschäft es sich handle. Nun erklärte dieser, daß er mit dem Händler Grünert aus Barmen falsche ausländische Aktien herstellte und daß Schmidt schon das weiter verlangte Geld zahlen müsse, um nicht alles zu verlieren. Dieser gab dann nach und nach 150 000 M. her, erhielt aber insgesamt nur 24 000 M. zurück. Auch der Drucker Hesse, der Vater von Elfriede ist und aus Rot sich hatte verleißen lassen, hatte nur eine geringe Entschädigung erhalten.

Der Hauptgenosse war in die Taschen von Bonheuer und Grünert geflossen. Auch die Vertreter hatte gute Geschäfte gemacht. Insgesamt wurden vierzehn Personen festgenommen, die Platten und andere Geräte beschlagnahmt.

Gefährlicher Dachstuhlbrand

Ein Feuer, das gestern nachmittag in der Pauensburger Straße in Wilmersdorf ausbrach, hat durch seine kolossale Rauchentwicklung zu allerlei Gerüchten Anlaß gegeben. Es handelt sich aber nur um den Brand des Dachgehäuses im Hause Pauensburger Str. 8, der gegen 4 Uhr demert wurde und den ganzen Nachmittag über die Wilmersdorfer Feuerwehr in Anspruch nahm. Außerdem waren nach der Feuerwehr von Grunewald und ein Wagen mit Material von der Schöneberger Feuerwehr entandt worden. Das Feuer breitete sich über den ganzen Dachstuhl aus und mußte mit sieben Rohren über Treppen und Leitern bekämpft werden. Erst gegen 7 Uhr war der Brand gelöscht. Das Feuer sprengte mit Plötzburg, das unmittelbar neben der Brandstätte liegt, schien eine Zeitlang gefährdet. Es wurden aber sofort alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um das Ueberspringen des Feuers zu verhindern.

Dreifacher Selbstmord

Am gestrigen Sonntag vormittag wurden das 71 Jahre alte Fräulein Alwine Lausch, Schönhauser Allee 171, ihr Bruder, der 67jährige Hausbesitzer Andreas Lausch aus der Prenzlauer Allee 43 und der 63 Jahre alte Zeichner Gustav Necke in der Wohnung des Necke im Hause Schönhauser Allee 171 tot aufgefunden. Die drei alten Leute hatten sich mit Gas vergiftet. Allem Anschein nach hat die Not der Zeit sie zu dem gemeinschaftlichen Schritt getrieben.

Ein Ortsbrief — eine Mark! Die Postgebühren, die im Vergleich zur Vorkriegszeit gegenwärtig durchschnittlich im Verhältnis von 1:10 erhöht sind, sollen einer neuerlichen Erhöhung unterworfen werden, nach deren Durchführung die Gebührentafel das Fünffache der Friedensgebühren betragen soll. Bei manchen Sendungen, z. B. den Ortsbriefen, erreicht die Verteuerung sogar das Zwanzigfache! Die Fernspreckgebühr soll in Zukunft 1362 Mark pro Jahr betragen und jedes Ortsgespräch außerdem noch 45 Pf. kosten.

Mit Pistole und Dreifant. Der 38 Jahre alte Monteur Arthur Robert — angeblich aus Weihenau — brang gestern abend gegen 10 Uhr in der Kolonie „Freiheit“ in Lichtenberg in die Laube Nr. 34 ein und bedrohte die dort wohnende 70 Jahre alte Witwe Luise Kattiegel mit einem Revolver. Als sie sich unter lauten Hissensrufen zur Flucht wandte, ließ er ihr eine Dreifantkugel in den Rücken. In diesem Augenblick eilten der Schwiegerohn der alten Frau und dessen Sohn herbei, und es gelang den beiden auch den Täter zu überwältigen. Vater und Sohn führten den Unhold nach der Lichtenberger Wache und übergaben ihn der Kriminalpolizei.

Kellerbrand bei Alexander Kschewski. Im Hause Kalkbäum 4 hat in der Nacht zum Sonntag ein Brand das Atelier des russischen Bildhauers Alexander Kschewski total demoliert. Das Feuer muß lange geäußert haben, denn die Decke brach schließlich durch, so daß die unter dem Atelier liegende Wohnung gleichfalls schwer beschädigt wurde. Das Atelier ist unbewohnt, es erhielt die Arbeiten des Künstlers, die für eine Ausstellung vorbereitet wurden. Insgesamt sind etwa 150 Zeichnungen, Reliefs und Skulpturen vernichtet worden. Der Künstler erleidet durch den Brand einen sehr bedeutenden Schaden.

Jahresärztliche Behandlung der Kleinkinder. Die städtische Schulärztliche Kommission hat seit einiger Zeit neben der sonstigen Behandlung der Volks- und Mittelschulkinder auch die jahresärztliche Behandlung der Kleinkinder übernommen. In den meisten Fällen ist die Verbesserung bisher durch die Kleinkinderärztliche Kommission erfolgt. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß Kleinkinder unmittelbar der Jahresärztlichen Kommission übergeben werden können. Für Konsultationen und nicht behandelte Kinder ist die Klinik werktäglich von 9 bis 10 Uhr geöffnet. Schulpflichtige Kinder haben ausgefüllte Anwesenheitslisten, die in den Schulen erhältlich sind, mitzubringen.

Voranschauliches Wetter für Berlin und Umgegend am Dienstag. Zeitweise neblig, sonst trocken und ziemlich heiter, bei mäßigen südlichen bis südöstlichen Winden, außer mittags Frost.

Gewerkschaftliches

Spiegelarbeit

In den Berliner Großbanken fuhrert die Abschrift eines „vertraulichen“ Rundschreibens der kommunistischen Partei, das sich an die „Mit-Fraktionen und Angestellten-Vertrauensleute“ wendet, mit der Aufforderung, kommunistische Keimzellen zu bilden. In dem Rundschreiben heißt es, daß die kaufmännischen Angestellten vielfach Einblick in die verschiedensten Finanzoperationen bekommen und daß sie das entsprechende Material der Gewerkschaftsleitung der K. P. D. zustellen sollen. Das ist Grund genug, daß die Banken sich vor dieser Gefahr betreten. Der Deutsche Bankbeamtenverein weiß nichts Besseres zu tun, als mit den Finanzplutokraten eine Front zu bilden, um „mit aller Energie dafür zu sorgen, diesen Bestrebungen der K. P. D. unter den Bankangestellten entgegenzutreten“. Daß diese sogenannte Gewerkschaft keine anderen Sorgen hat, ist immerhin ersichtlich. In einem Rundschreiben des Zirkulars wird noch mitgeteilt, daß bereits am 28. letzten Monats die Gründung einer Unterfraktion in Weimar Ratstand, an welcher sich eine „Geheimtätigkeit radikaler Elemente“ angeschlossen, in der besondere detaillierte Beschlüsse gefaßt wurden.

Interessant an diesen Dingen ist die Feststellung, daß die Spiegel innerhalb der K. P. D. prompt arbeiten, ein Umstand, der bei der „vertraulichen“ Arbeit der Kommunisten nicht verwunderlich ist. Durch solche Methoden werden geradezu Spiegel gespielt, und so erregt es nicht unser Erstaunen, wenn auch alle vertraulichen Beschlüsse usw. immer bekannt werden. Die K. P. D. sollte sich daher entschließen, mit einer solchen Taktik zu brechen, die niemals Erfolg, sondern stets ein Fiasko zu verzeichnen hatte.

Betriebsräte!

Wir bitten, die am 15. November 1921, abends 7 Uhr, in der Stadthalle im neuen Rathaus, Stralauer Straße 63, stattfindende Verammlung des Vereins proletarischer Kinderfreunde zu besuchen, da es uns unbedingt notwendig erscheint, die breite Masse der Arbeiterschaft mehr als bisher auf diese außerordentlich wichtige Arbeit aufmerksam zu machen. Tagesordnung: 1. Die proletarische Erziehungsarbeit in Wien. Referent: Bürgermeister Wendig Winter, Wien. 2. Diskussion. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Zum Streit bei der Reicherversicherungsanstalt für Angestellte

Das Direktorium der Reicherversicherungsanstalt für Angestellte hat in der gestrigen Sonntagspresse große Inzereien veröffentlicht, in welchen die streikenden Beamten aufgefordert wurden, ihre Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Arbeit dem Rechnungsrat Gischlow, Wilmersdorf, Kossauische Str. 16a, zu erklären. Diese Aufforderung hat das Direktorium erlassen, ohne sich vorher des Einverständnisses des Rechnungsrats Gischlow zu dieser Maßnahme zu versichern. Wie wir erfahren, hat Rechnungsrat Gischlow bei der Streikleitung erklärt, daß er nicht gewillt sei, Entscheidungen in diesem Sinne entgegenzunehmen.

Dieser Vorgang zeigt, daß von den höheren Beamten der Behörde keine der Mut anbrachte, sich für diese Entgegnung von Streikbrücherrückfragen zur Verfügung zu halten. Deshalb wollte man einem mittleren Beamten diese traurige Aufgabe ohne sein Wissen und Willen aufbürden. Es ist dies recht bedauernd, daß, mit welchen unantwerten Mitteln das Direktorium dieser Behörde arbeitet.

Zusatzregelung im Reichsarbeitsvertrag der Versicherungsangestellten

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt: In der Vereinbarung vom 12. Oktober 1921 wurde am 12. November im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Herrn Regierungsrats Dr. Dieck mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen für die Angestellten in Direktionen und in Verwaltungs-General-Agentur-Vertrieben eine Zusatzregelung für die Monate November und Dezember getroffen. Hiernach ist eine einmalige Teuerungsausgleichsmaßnahme in Höhe von 60 und 75 Prozent des November-Einkommens bewirkt, sofort auszuführen. Bezieher dieser erhalten außerdem einmalig 250 M. und jedes Kind 50 M.

Arbeitsbeschaffung für Ausländer. Wir veröffentlichen in Nr. 503 eine Zeitschrift unter obigem Titel, die sich mit einer Bekanntmachung des Landrats für Teltow beschäftigt und die sich dagegen wendet, daß man den Anreiz zur Beschäftigung von Ausländern fördere. Dazu schreibt uns der Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamtes, daß diese Bekanntmachung im

Folge eines Erlasses des Ministeriums des Innern vom 2. 5. 21 publiz gemacht wurde und bewirkt, die ausländische Arbeiterschaft zu erfassen und die Notwendigkeit ihrer Beschäftigung nachzuprüfen. Weiter soll die Erlaubnis zur Beschäftigung von Ausländern freis eingeholt und erst nach Prüfung von Fragebogen, die die Unternehmer auszufüllen haben, erteilt werden. Die Zeitschrift wandte sich vor allem dagegen, daß nicht ausländische Arbeiter als Lohnrücker wirken sollen. Wenn das verhindert wird, dann werden wir uns und unsere Einsätze zufrieden geben.

Neuregelung der Lohnsätze in der Eisenindustrie. Die in den Eisenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche festlos dem Deutschen Transportarbeiterverband als Mitglieder angehören, haben ihre Forderungen, die nach dem Tarifvertrag vom 31. Oktober absteifen, freigelegt mit Rücksicht auf die sprunghafte Steigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel gekündigt. Nam langwierigen Verhandlungen mit den Unternehmern, die sich sehr ablehnend verhielten, wurde vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefaßt, der nun von beiden Parteien angenommen wurde. Das Abkommen gilt nur für die nächsten zwei Monate und enthält Stundenlöhne von 4,65 bis 8 M. für die verschiedenen Gruppen resp. 400 M. Lohn pro Woche. Ueberstunden werden mit 25 Prozent und Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 Prozent bezahlt.

U. S. P. D. Fraktion der Fa. C. Lorenz, Tempelhof. Am Dienstag, den 15. November 1921, nachm. 4 1/2 Uhr, findet im Lokal von Schlemmer, Tempelhof, Berlin, eine Versammlung der U. S. P. D. organisieren Kollegen und Kolleginnen statt. Parciausweis legitimiert. Der Fraktionsvorsitzende.

Betriebsräte Metallindustrie! Hauptgruppe 2, Untergruppe 4 (Ausbau). Untergruppenversammlung am Dienstag, den 15. November 1921, abends 6 Uhr, im Lokal zum Metallischen Juch, Jochstraße 7.

Zeitschrift! Beziehe des Ostens! Am Montag, den 14. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet in den Prachtlokalen des Ostens, Frankfurt a. M., eine Mitgliederversammlung statt. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen unbedingte Pflicht. Die Bezirkskommissionen.

Parteiveranstaltungen

1. und 2. Bezirk. Die Bezirksleiter werden gebeten, die Plakate für die Mitbewerber-Bewerbung (Wahlrecht) nicht auszugeben, da wegen der Verteilung am Sonntag die Uebernahme der Plakate nicht stattfinden kann. Die Uebernahme des 2. Bezirksleiters persönlich am Sonntag, den 20. November, nachmittags 2 Uhr, in der Trautmann-Steinmühle am Ufer des Havelkanals (Wander des Schöneberg). Karten zu 2,50 M. sind noch bei Witzmann, Veltensberger Str. 3 und bei den Abteilungsleitern zu haben.

Montag, 14. November.

11. Bezirk. Die heutige Generalversammlung findet in der Oberkassale, Finkenstraße 204/5, statt. Beginn 7 Uhr.
15. Bezirk. Abteilungsleiter heute abend Material abholen bei Haffner.
16. Bezirk. Städtische Abteilungsleiter heute abend die Verammlungen platzen von den Tisch ab.
Neubau-Bezirk. Die für heute abend angesetzte Verhandlung kann unbedingter Weise erst Freitag stattfinden.
Veltensberger-Bezirk. Die Bezirksleiter werden bitte noch die Plakate vom Generalsekretär abholen.

Dienstag, 15. November.

3. Verwaltungsbezirk. Elternbeirat. Abends 7 1/2 Uhr Vorkonferenz in der Schule Lützow Str. 4. Wichtig! Lagerordnung. Teilweise Erhalten erforderlich.
15. Verwaltungsbezirk. Abt. Arbeiter und Angestellten des Jugendamts. Referent: Stadtrat Sen. Peters.
16. Bezirk. 5. Abteilung. Abends 7 Uhr Justizministerkonferenz bei Grünberg, Veltensberger Str. 3.
15. Bezirk. 4. Abteilung. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Carmen Schöneberg, 4. Stellungnahme zum Parteitag. Referent: Senatsrat John.
Fraktion der Eisenindustrie der U. S. P. D. im Reichsarbeitsministerium. Abends 7 Uhr findet in den Schullokalen, Wiltberg, 16-19, Wiltbergstraße 48, eine öffentliche Elternversammlung statt. Um 11 Uhr jedes Zweites der Eltern sollte im Saal zu erscheinen.
Veltensberger-Bezirk. Abends 7 Uhr Generalversammlung in der neuen-Mittelschule, Wiltbergstraße. Tagesordnung: 1. Die U. S. P. D. und der Sozialismus. Referent: Senatsrat John. Wichtig! Die Zentralkommission der U. S. P. D. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zum Parteitag. Mitglieder, die länger als drei Monate mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, haben keinen Zutritt.

Mittwoch, 16. November.

14. Bezirk. Am der 16. 19 Uhr stattfindende Versammlung in Adolphstraße nehmen alle Genossen und Genossinnen teil. Die Funktionäre treffen sich eine Stunde früher in Adolphstraße (Wiltberg Hof, Mitte).

Donnerstag, 17. November.

1. Bezirk (Berl. Mitte). Abends 7 Uhr Generalversammlung Schulhaus, Kreuzberg. 1. Lagerordnung. 2. Bericht des Parteirates. 3. Entscheidung zum Parteitag.

Bereinskalender

Donnerstag, 17. November.

Zentralverband der Hausangestellten. Ortsgruppe Berlin. 19 Uhr Betriebsversammlung zur Jahresabschlussfeier im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 14-15. — Abends 7 1/2 Uhr Bezirkskongress in Schöneberg, in der Schule Wiltbergstraße 16.
Verband der Gemeindefunktionäre und Staatsarbeiter. Berlin. Abends 7 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung aller in Berlin und Eisenbetrieben beschäftigten Funktionäre in der „Kulturhalle“, Berlin, Friedrichstr. 23. Tagesordnung: Bericht über die letzte Kongressperiode.
Verantwortlich für Politik und Justizwesen: Leo Dieckhoff, Berlin-Friedrichshagen, 16. Kommunistischer, Arbeiter- und Gewerkschaftlicher: P. Kubacki, Berlin, für den Interessierten und geschäftlichen Mitteilungen: Ludwig Kammertat, Charlottenburg. — Verlegungsstellen: „Arbeiter“ u. S. M. 5. D., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin S. 2, Berlin Straße 84.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
11 Uhr: **Walle Mensch**
Neues Volkstheater
Abend: **Die Wildente**

Staatstheater
7 1/2 Uhr: **Der Troubadour**
8 1/2 Uhr: **Die Schöne Magd**
9 1/2 Uhr: **Der Günstling**

Berliner Theater
Abend: **Prinzessin Olala**

Operntheater
Abend: **Die Schöne Magd**

Walhalla-Theater
Abend: **Die Schöne Magd**

Operntheater
Abend: **Die Schöne Magd**

Theater des Ostens
Abend: **Die Schöne Magd**

Romische Oper
Die große Musikanten-Operette **Der Herr der Welt**

Casino-Theater
Abend: **Der Weg zum Glück**

Komödienhaus
Abend: **Die Fahrt ins Blaue**

Berliner Theater
Abend: **Prinzessin Olala**

Operntheater
Abend: **Die Schöne Magd**

Walhalla-Theater
Abend: **Die Schöne Magd**

Operntheater
Abend: **Die Schöne Magd**

Theater des Ostens
Abend: **Die Schöne Magd**

Theater am Rosendorferplatz
Abend: **Die Ehe im Kreise**

TRIUMPH-THEATER
Abend: **Die Ehe im Kreise**

RESIDENZ-THEATER
Abend: **Die Ehe im Kreise**

Tüchtige Paketkontrollen
sowie
jüngere Kontoristinnen
die flott und sicher rechnen können
sowie
sofort gesucht

Meldungen:
12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1

Tüchtige Verkäuferinnen
für
Seifen und Parfümerie
sofort gesucht

Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1

Metallhandelsstelle
Osten, Gröner Weg 50
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Schrott, Eisen, Kupfer,
Zinn, Messing, etc.
50. Gröner Weg 50.

Gold-Verkehr
Betriebskapital, Gold,
Silber, Platin, etc.
144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200.

Kleine Anzeigen

Verkäufe
Central-Verkaufshaus.
Abend: **Die Schöne Magd**

Möbel
Teilschlaf, Einzel-
möbel, neue Einrichtungs-
gegenstände, etc.

Kaufgefuche
Schiffbau, Holz, etc.

Gold-Verkehr
Betriebskapital, Gold,
Silber, Platin, etc.

Anfiedlungen
Grundstücke, etc.

Fredersdorf
Grundstücke, etc.